

PRESSEMITTEILUNG

Innenpolitik

Nr. / 02. April 2015

Ingbert Liebing und Daniel Günther: Kahlschlag bei der Wasserschutzpolizei stoppen

Der Vorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, Ingbert Liebing, und der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, haben SPD, Grüne und SSW nach heutigen (02. April 2015) Medienberichten aufgefordert, ihren geplanten Kahlschlag bei der Wasserschutzpolizei zu stoppen:

„Die heute bekannt gewordenen Folgen der von SPD, Grünen und SSW gewollten Stellenkürzungen bei der Wasserschutzpolizei sind nicht zu verantworten. Die dadurch entstehenden Sicherheitslücken würden im Ergebnis deren Handlungsunfähigkeit bedeuten. Das kann sich das Land zwischen den Meeren nicht leisten“, erklärte Liebing in Kiel.

Die Aufgabendichte der Wasserschutzpolizei würde in den kommenden Jahren eher zunehmen. Dies belegten Prognosen zum Seeverkehr ebenso eindeutig wie die ehrgeizigen Ausbauziele im Bereich der Offshore Windparks. Hinzu kämen internationale Verpflichtungen bei der Überwachung von Kreuzfahrtschiffen vor Torgefahren und der Fischereiaufsicht. Auch die Sicherheit der Einheimischen und Touristen im

***Pressesprecher
Dirk Hundertmark***

Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1440
Telefax: 0431-988-1443
E-Mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

***Pressesprecherin
Katrin Albrecht***

Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel
Telefon: 0431 66099-28
Telefax: 0431 66099-88
E-Mail: katrin.albrecht@cdu-sh.de
Internet: <http://www.cdu-sh.de>

Urlaubsland Schleswig-Holstein dürfe angesichts steigender Gästezahlen nicht vernachlässigt werden.

Liebing: „Wer bislang glaubte, all das sei mit 25 Prozent weniger Personal zu leisten, der muss spätestens nach dem Bekanntwerden der Pläne aufwachen. Kürzungspläne in einem solchen Umfang müssen darüber hinaus von den Beamtinnen und Beamten als ein unverhohlenes Zeichen der Geringschätzung ihrer bisherigen Arbeit verstanden werden. Zudem haben die Wasserschutzpolizistinnen und -polizisten bereits heute eine sehr hohe Arbeitsbelastung und eine große Anzahl an Überstunden. Das weiß ich von meinen Gesprächen mit Betroffenen“, erklärte der CDU-Landesvorsitzende.

Günther kündigte den entschiedenen parlamentarischen Widerstand seiner Fraktion gegen die Pläne von SPD, Grünen und SSW an.

„Insbesondere werden wir SPD-Innenminister Studt seinen offensichtlichen Versuch, die Verantwortung für diesen Kahlschlag auf die Polizeiführung abzuschieben, nicht durchgehen lassen“, so Günther.

Während nahezu alle anderen Bundesländer angesichts der veränderten Sicherheitslage sogar zusätzliche Polizeistellen schafften, drücke Studt die von SPD, Grünen und SSW gewollten Stellenkürzungen auf Kosten der Sicherheit nach unten durch.

„Dass er die daraus resultierenden Folgen jetzt als polizeiinterne Planungen darstellen will, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten“, so Günther.

Die CDU-Fraktion werde das Thema in der kommenden Landtagssitzung auf die Tagesordnung setzen.

„Jeder einzelne Abgeordnete von SPD, Grünen und SSW wird sich dann entscheiden müssen, ob er für diesen unverantwortlichen Abbau der öffentlichen Sicherheit die Verantwortung tragen will“, so Günther.